



Beschluss

vom 9. Juni 2005

Nr. 0639

Postulat

Postulat Johannes Hofstetter: Fragen betreffend Vergnügungssteuer in der Stadt St.Gallen; Frage der Erheblicherklärung

Die Direktion Inneres und Finanzen berichtet:

Johannes Hofstetter und 17 Mitunterzeichnende reichten am 15. März 2005 eine Motion betreffend Abschaffung der Vergnügungssteuer in der Stadt St.Gallen ein. Dazu hat der Stadtrat mit Beschluss Nr. 555 vom 18. Mai in ablehnendem Sinne Stellung genommen. In der Zwischenzeit hat sich ergeben, dass der Motionär eine Umwandlung in ein Postulat wünscht, und er hat den Postulatsauftrag auch neu formuliert.

Der Stadtrat nimmt zur Erheblicherklärung des Postulates wie folgt Stellung:

Bei dem ursprünglich eingereichten Vorstoss zur Abschaffung der Vergnügungssteuer hätte der Stadtrat dem Parlament beantragt, die Motion nicht erheblich zu erklären. Der Stadtrat vertritt die Auffassung, dass eine Abschaffung der Vergnügungssteuer derzeit nicht angebracht ist. Die Stadt kann auf diese 1,9 Millionen Franken oder rund 1,5 Steuerprocente nicht ohne weiteres verzichten. In dieser Auffassung ist er in der Vergangenheit von der Bürgerschaft und dem Parlament mehrfach unterstützt worden. Entscheidend in diesen Diskussionen waren dabei vor allem zwei finanzpolitische Argumente: Einerseits ist die Vergnügungssteuer ein Instrument einer verursachergerechten Finanzierung, indem bei vielen Veranstaltungen der Stadt zum Teil grosse Kosten entstehen (z.B. in den Bereichen Sicherheit und Reinigung). Andererseits stammt ein beträchtlicher Teil der Einnahmen der Vergnügungssteuer von Auswärtigen. Insofern ist diese Steuer ein sachgerechter Ansatz zur Abgeltung der Zentrumslasten.

Hingegen ist der Stadtrat bereit, in der Form eines Postulates über die Bedeutung der Vergnügungssteuer, ihre Verwendung und insbesondere auf den Zusammenhang mit der Umsetzung des Finanzausgleichs und des NFA zu berichten. Diese Zusammenhänge sind sehr komplex und ihre Umsetzung wird noch einige Jahre beanspruchen.



In einer ersten Etappe ist im neuen kantonalen Finanzausgleich vorgesehen, die Abgeltung der Zentrumslasten auf 16,2 Millionen festzulegen. Dies entspricht etwa der Hälfte der effektiven Kosten. Erst in einer zweiten Etappe und basierend auf dem NFA des Bundes ist vorgesehen, die umliegenden Gemeinden direkter an der Finanzierung der zentralörtlichen Leistungen zu beteiligen. Diese Verhandlungen –auch auf interkantonaler Ebene – stehen noch bevor und deren Ergebnisse sind sehr ungewiss. Nur wenn diese Verhandlungen erfolgreich abgeschlossen werden, kann ein Verzicht auf die Vergnügungssteuer ernsthaft in Betracht gezogen werden. Bis dahin ist die Stadt auf diese Einnahmequelle weiterhin angewiesen. Bei einem positiven Ausgang dieser Verhandlungen wird ausserdem zu prüfen sein, welche Folgen der aus einer Abschaffung der Vergnügungssteuer resultierende Einnahmenausfall bei den davon profitierenden Veranstaltern haben müsste. Bei Subventionsempfängern der Stadt (z.B. KTSG, Kellerbühne, Kinok und andere Kulturinstitutionen) wäre dies durch eine entsprechende Kürzung der Subvention relativ einfach. Bei anderen Anlässen, insbesondere bei Sportveranstaltungen, wäre zu prüfen, ob konsequenter als bisher die städtischen Leistungen (z.B. im Bereich der Sicherheit, der Reinigung, etc.) verrechnet werden müssten.

Der Stadtrat empfiehlt bei dieser Sachlage, das Postulat mit folgendem Wortlaut **erheblich** zu erklären:

„Der Stadtrat wird beauftragt, Bericht zu erstatten

1. wie und wo das Geld aus der Vergnügungssteuer eingesetzt wird;
2. wieso St.Gallen als einzige Gemeinde im Kanton an der Vergnügungssteuer festhält, obwohl wir finanziell besser dastehen als etliche andere Gemeinden;
3. wie mit der Vergnügungssteuer verfahren wird, wenn der NFA vollzogen wird;
4. wie lange es seiner Meinung nach noch dauern wird bis der NFA vollzogen ist.“

Antrag

Auf Antrag der Direktion Inneres und Finanzen beschliesst der Stadtrat:

Der Stadtpräsident wird beauftragt, im Stadtparlament zur Frage der Erheblicherklärung in diesem Sinn Stellung zu nehmen.

Beilage:

Postulat vom 23. Mai 2005

Motion vom 15. März 2005

Protokollauszug:

Direktion Inneres und Finanzen (3)

Direktion Soziales und Sicherheit (2)

